

dfi Diskussion

## Plädoyer für ein Europa mit starken Institutionen

dfi Interview

## Deutsch-französische Hochschule: Plattform und Impulsgeber

dfi schult Diplomaten

## Deutsch-französische Tandemausbildung in Berlin

## Soziale Explosion in Frankreich?

Die Proteste gegen die Rentenreformpläne der Regierung Raffarin haben an Schärfe und Intensität zugenommen. Seitdem der federführende Minister Fillon die Grundzüge dieser Sozialreform veröffentlicht hat, ist die Kette der Kritiken und Demonstrationen nicht mehr abgerissen. Mehr noch: Die Heftigkeit der öffentlichen Proteste ist viel stärker als erwartet.

Denn spätestens seit der gescheiterten Rentenreform der Regierung Juppé 1995 gilt dieses Terrain politisch zwar als besonders brisant, allerdings deuteten alle Umfragen im Vorfeld der Reformankündigung eher auf einen Wechsel in der französischen Gesellschaft. Sie schien in ihrer Mehrheit Änderungen bei der Rente als notwendig zu akzeptieren.

Dass der Reformstau deshalb ohne zu großen

fristiger Wandel im französischen System der Alterssicherung verbunden ist, bleibt dennoch die Frage offen, warum die gesellschaftlichen Gruppen in Frankreich so vehement gegen diese ersten Schritte einer Anpassung an veränderte demografische Bedingungen protestieren.

Drei Gründe scheinen zur Beantwortung dieser Frage ausschlaggebend:

Erstens die offensichtliche Tatsache, dass sich in diesem Protest gegen die Änderungen im Rentenbereich eine weiter reichende gesellschaftliche Mißstimmung bündelt, die sich aus einer allgemein schlechter werdenden Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage speist.

Dazu gehört zweitens auch, dass die Rentenkritik gewissermaßen durch eine zusätzliche Ablehnung der ebenfalls intendierten Dezentralisierung im Schul- und Erziehungsbereich aufgeladen wird und an Brisanz zunimmt. Mehr noch: Mittlerweile scheint die Ablehnung der Dezentralisierung sogar größer als der Widerstand gegen die Sozialreform. Erschwerend kommt hinzu, dass die derzeitige Regierung in Frankreich beabsichtigt, nur jede zweite frei werdende Stelle im Schulbereich zu ersetzen. Die Gruppe der Lehrer sieht sich deshalb in ganz besonderer Weise als möglicher Verlierer in diesem Änderungsprozess.

Und drittens schließlich die Tatsache, dass die Identifizierung in Frankreich mit dem System sozialer Sicherung, die „Sécu“, sehr weitreichend ist. Jede Veränderung wird deshalb nicht nur als Umstellung gesehen, sondern vielmehr als Angriff auf die Grundfesten der sozialpolitischen Ordnung.

Mit der Reformoffensive Raffarins ist ein jahrelanger Stillstand durchbrochen worden. Notwendige Veränderungen wurden eingeleitet. Angesichts der heftigen Reaktion der französischen Öffentlichkeit steht der Regierung allerdings das Schwierigste wohl noch bevor.

Wolfgang Neumann ([neumann@dfi.de](mailto:neumann@dfi.de))



„Man müsste die Demonstrationen dezentralisieren“.

Plantu-Karikatur in „Le Monde“, veröffentlicht mit freundlicher Genehmigung des Karikaturisten und der Redaktion.

gesellschaftlichen Widerstand aufgelöst werden könnte schien um so wahrscheinlicher, als die Pläne Raffarins keine Strukturveränderungen vorsehen. Kernstück ist vielmehr die Angleichung der Rentenbeitragszeiten im öffentlichen Dienst an die Regelungen im Privatsektor, konkret: die schrittweise Anhebung von 37,5 Jahren auf 40 Beitragsjahre bis 2008 für die Beamten vor allem im Schuldienst. Ein zweiter Reformschritt sieht die Verlängerung für alle bis 2020 auf 42 Beitragsjahre vor.

Auch wenn damit selbstverständlich ein mittel-

# Plädoyer für ein Europa mit starken Institutionen

## Europa-Ausschussvorsitzende des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale diskutieren in Ludwigsburg über europäische Verfassung

Zur Feier des Elysée-Vertrags hatten der Bundestagspräsident und der Président de l'Assemblée nationale eine stärkere Zusammenarbeit der Parlamente angekündigt – und es folgten Taten. Am 25. Februar kamen die beiden Europaausschüsse im Landtag von Baden-Württemberg zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Nach einer Debatte, in der neben zahlreichen Mitgliedern der Ausschüsse auch Ministerpräsident Teufel sprach, wurde das Rednerpult für junge Schüler frei gemacht: Schüler aus Tübingen, Stuttgart und Heidelberg skizzierten ihre Erwartungen an und ihre Vorstellungen von Europa. In der einstimmig verabschiedeten Stuttgarter Erklärung wird für eine handlungsfähige Europäische Union plädiert, die sich ihrer Grundwerte besinnen soll.

Am Abend kamen die beiden Ausschussvorsitzenden Matthias Wissmann und Pierre Lequiller zu einer Diskussion in das dfi. Im Gespräch mit 30 geladenen Gästen skizzierten sie die Grundzüge einer neuen, unbedingt notwendigen europäischen Verfassung. Starke Institu-



*Die Vorsitzenden der Europa-Ausschüsse im Deutschen Bundestag und in der Assemblée nationale, Matthias Wissmann (links) und Pierre Lequiller (rechts) diskutierten im dfi über die Grundzüge einer europäischen Verfassung. Das Gespräch moderierte dfi-Direktor Prof. Dr. Frank Baasner. (Foto: Bietigheimer Zeitung / Martin Kalb)*

tionen sind unabdingbar, wenn Europa seine Stimme in der Welt hörbar und wirkungsvoll erheben will. Um mit einer Stimme koordiniert sprechen zu können, benötigt man einen gemeinsamen Außenminister ebenso wie einen starken Präsidenten, dessen Amtszeit länger als nur 6 Monate dauern müsse. In einem solchermaßen gestärkten Europa, das gleichzeitig

seiner gewachsenen Vielfalt Rechnung tragen muss, kommt Deutschland und Frankreich eine große Verantwortung zu – ohne diese beiden Kernländer wird nichts umgesetzt werden können, aber deutsch-französische Alleingänge sind ebenso wenig Garantie für ein erfolgreiches Europa.

Frank Baasner ([baasner@dfi.de](mailto:baasner@dfi.de))

## 5. Deutsch-Französischer Dialog

# Europa in der Fortschrittsfalle?

## 5. Deutsch-Französischer Dialog in der Europäischen Akademie Otzenhausen

**„Europa in der Fortschrittsfalle?“ Unter dieser Fragestellung veranstaltete die ASKO Europa Stiftung vom 22. bis 23. Mai den 5. Deutsch-Französischen Dialog.**

In der Europäischen Akademie Otzenhausen versuchten an die 200 Teilnehmer eine Antwort auf die Frage zu finden, ob sich Europa durch zunehmende Erwartungen an das Einigungsprojekt nicht systematisch überfordert. Den Kern der Veranstaltung bildeten vier parallel tagende Arbeitsgruppen, die sich den Feldern der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik widmeten, sowie das Demokratiedefizit und die kulturellen Verantwortlichkeiten der EU thematisierten. Das Deutsch-Französische Institut übernahm hierbei die Vorbereitung und Leitung von zwei Diskussionsrunden.

Frank Baasner, der Direktor des dfi, konfrontierte die Teilnehmer seiner Arbeitsgruppe so mit folgender Frage: „Zwischen Selbstvergewisserung und Selbstgewissheit: Wo liegen die kulturellen Verantwortlichkeiten und Grenzen der Europäischen Union?“

Die von einem Diskutanten gleich zu Beginn getroffene Aussage, dass die Europäische Union in erster Linie ein Zweckbündnis sei, mag eine Provokation gewesen sein. Doch wies sie darauf hin, dass die Europäer im Zuge der Integration die kulturellen Aspekte kaum aufgegriffen und zum großen Teil in nationaler und regionaler Zuständigkeit belassen haben. Die Erstellung der Europäischen Grundrechtecharta zeigt nun, dass sich die Europäer am Vorabend der EU-Osterweiterung verstärkt damit beschäftigen, für welche Werte sie denn eigentlich eintreten.

Die Arbeitsgruppe „Wirtschaft“, geleitet von dfi-Mitarbeiter Wolfgang Neumann, diskutierte die Frage der Koordinierung der Wirtschaftspolitik in Europa. Auch wenn die Diskussionsteilnehmer der Arbeitsgruppe darin übereinstimmten, dass weder eine „Wirtschaftsregierung“ noch ein gemeinsamer europäische Wirtschafts- und Finanzminister die Antwort auf diese Herausforderungen ist“, betonten alle nachdrücklich eine effizientere Abstimmung zwischen den nationalen Politiken. Ein zentraler Ansatz dafür ist der bestehende Stabilitäts-

und Wachstumspakt. Sein Funktionswandel seit Einführung der gemeinsamen Währung stand im Mittelpunkt der Erörterungen in der Arbeitsgruppe. Ergebnis war ein weitgehender Konsens, den Stabilitätspakt in Zukunft flexibler und ökonomisch rationaler auszulegen, ohne jedoch die disziplinierende Wirkung dieses Instruments zur Begrenzung der Haushaltsverschuldung zu verringern.

Eine verbesserte wirtschaftspolitische Koordination kann jedoch nur dann Wachstumsimpulse auslösen, wenn die strukturellen Voraussetzungen erfüllt sind, damit die Wirtschafts- und Währungsunion Motor einer neuen europäischen Dynamik werden kann. Damit sind in erster Linie Strukturreformen angesprochen: Reform der sozialen Sicherungssysteme, des Arbeitsmarkts, verbesserte unternehmerische Rahmenbedingungen und die substantielle Verbesserung im Bereich der Innovations- und Forschungsförderung. Hier Fortschritte und eine stärkere Konvergenz zu erreichen, sind unerlässliche Voraussetzungen, um aus der Wachstums- und Beschäftigungskrise heraus zu kommen.

*Sebastian Hempel*

# Plattform und Impulsgeber für deutsch-französische Projekte

## Interview mit Dr. Achim Haag, Generalsekretär der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH) in Saarbrücken

*Die DFH ist mittlerweile aus den Kinderschuhen herausgewachsen und fest in der Hochschullandschaft verankert. Welches sind aus Ihrer Sicht als neuer Generalsekretär die nächsten Schritte?*

**Dr. Achim Haag:** Die DFH hat sich schneller entwickelt als allgemein erwartet. Der Erfolg hat jedoch auch dazu geführt, dass wir unser Budget stärker im Auge behalten müssen. Wir werden noch intensiver auf die Qualität unserer Programme achten. Mehr Studierende und neue Aufgaben - wie sie im Weimarer Abkommen bereits formuliert sind - bedeuten eine zusätzliche finanzielle Belastung. In Zeiten knapper Kassen sind Einsparungen und Umverteilungen unerlässlich. Dabei bemühen wir uns, neben dem Kernbereich der Doppeldiplom-Studiengänge in ausgewogener Weise auch Masterstudiengänge und Maßnahmen zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlern zu initiieren sowie die Kooperation mit Drittländern auszubauen. Wir können und werden nicht jeden deutsch-französischen Studiengang fördern. Der Grad der Integration und der interkulturelle Mehrwert sind uns sehr wichtig. Daneben ist es uns gelungen, einige hochinteressante Programme in der Forschungsförderung ins Leben zu rufen, die sich in erster Linie um die Förderung von Nachwuchswissenschaftlern (Docs und Post-docs) bemühen. In diesem Bereich werden wir uns noch stärker als bisher profilieren können.

Ich sehe die DFH als Plattform und Impulsgeber für innovative und nachhaltig wirkende, beziehungsweise strukturbildende Maßnahmen und Projekte im deutsch-französischen aber auch europäischen Kontext. Die binationale Hochschule spielt dabei auch eine zunehmend wichtige Mittlerrolle zwischen den Bürokratien beider Länder einerseits und den Ministerien und unseren Partnerhochschulen andererseits.

*Ist eine deutsch-französische Hochschule nicht ein überholtes Konzept, wenn man gleichzeitig im sog. Bologna-Prozess einen europaweiten Forschungsraum schaffen will?*

**Dr. Achim Haag:** Im Gegenteil: Beides gehört zusammen. Ohne solide binationale Kooperationen ist der europäische Hochschul- und Forschungsraum meines Erachtens gar nicht realisierbar, zumindest wenn man darunter mehr versteht als eine bloße Verstärkung der Mobilität. Vergleichbare Studienstrukturen (Bachelor/Master/Doktorat), unterstützt durch das ECTS, schaffen den äußeren Rahmen für mehr Mobilität und machen den europäischen Bildungsraum weltweit attraktiv. Höchste Qualität und Substanz gewinnt die Mobilität aber erst

dann, wenn der interkulturelle und curriculare Mehrwert sichergestellt ist. Bei integrierten Studiengängen mit zwei gleichgewichtigen binationalen Abschlüssen, wie sie die DFH zwischen Deutschland und Frankreich fördert, ist dies der Fall. Eine solch enge deutsch-französische Kooperation kann durchaus um weitere Partnerländer erweitert werden (Drittlandöffnung der DFH). Strategisch betrachtet, garantiert meines Erachtens die Vernetzung von gut funktionierenden binationalen Kooperationen die Erschließung des europäischen Hochschulraumes. Insofern begreift sich die DFH als Katalysator im Bologna-Prozess; als modell- wie strukturbildende Einrichtung, die im bina-



*Dr. Achim Haag, Generalsekretär der DFH in Saarbrücken.*

tionalen Kontext beispielhafte Lösungen entwickelt.

*Es gibt auch Stimmen, die in der DFH vor allem unsinnige Bürokratie sehen und dafür plädieren, das Geld lieber an die Universitäten direkt auszuschütten. Was entgegnen Sie diesen Vorwürfen?*

**Dr. Achim Haag:** 90 % unseres Budgets kommen den Programmen unserer Partnerhoch-

schulen zugute. Das Geld fließt also unmittelbar an die Hochschulen. Da es sich hierbei um Steuergelder handelt, die nur für bestimmte Zwecke eingesetzt werden dürfen, bedarf es ordentlicher Vergabe- und Kontrollverfahren. Dass unsere Verfahren zur Sicherstellung der hohen Qualität der von uns geförderten Programme von einigen Wenigen als lästig empfunden werden, nehmen wir in Kauf; „unsinnig“ sind die bürokratischen Abläufe jedoch nicht. Die DFH ist keine „Geldverteilungsagentur“, sondern ausgestattet mit dem Auftrag, die Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich auf hohem Niveau und mit innovativen Ideen auszubauen und zu intensivieren. Wenn man dann noch unsere Ausgaben für die Verwaltung betrachtet, die mit 10 % weit unter dem vergleichbarer Einrichtungen liegen, wird deutlich: das einzig Unsinnige sind diese Vorwürfe.

*In welchen Fächern gibt es bisher am wenigsten Probleme bei der Zusammenarbeit, und welche Fächer machen Ihnen die meisten Sorgen?*

**Dr. Achim Haag:** Schwierig ist es immer dann, wenn das deutsche Staatsexamen und die französischen concours ins Spiel kommen, also in der Medizin, bei den juristischen Studiengängen und natürlich in den Lehramtsstudien. Aber hier haben wir durch unsere „Katalysatorfunktion“ entscheidende Fortschritte erzielt, beispielsweise in der Lehrerbildung. Die Lehramtsstudiengänge zwischen Mainz und Dijon etwa oder Freiburg und Mulhouse dienen anderen als Modell. Es ist mir ein besonderes Anliegen, auch hier „unnötige Schranken“ abzubauen und die unterschiedlichen Systeme kompatibler zu machen. Wenig Sorgen machen uns Studiengänge in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, die Geistes- und Sozialwissenschaften sowie die Wirtschaftswissenschaften.

### Die Deutsch-Französische Hochschule in Saarbrücken

Die Deutsch-Französische Hochschule (DFH) ist ein Verbund von Mitgliedshochschulen aus Deutschland und Frankreich. Die Hochschule ist eine völkerrechtliche Einrichtung und wurde 1997 durch ein Regierungsabkommen gegründet („Abkommen von Weimar“). Im Generalsekretariat in Saarbrücken arbeitet ein aus Deutschen und Franzosen bestehendes Team. Die Finanzierung erfolgt paritätisch von Deutschland und Frankreich. Zu den wichtigsten Aufgaben der Deutsch-Französischen Hochschule zählt das Initiieren, Koordinieren und Finanzieren von Studiengängen zwischen deutschen und französi-

schon Partnerhochschulen. Im Studienjahr 2002/2003 fördert die Hochschule 114 integrierte Studiengänge in den Fachrichtungen Architektur, Geistes- und Sozialwissenschaften, Ingenieurwissenschaften, Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Medizin, Rechts- sowie Wirtschaftswissenschaften zwischen deutschen und französischen Partnerhochschulen. Dabei kooperiert die DFH mit 133 Hochschulen in ganz Deutschland und Frankreich. Zur Zeit belegen rund 4000 Studierende unter dem Dach der DFH einen binationalen Studiengang.

Informationen unter [www.dfh-ufa.org](http://www.dfh-ufa.org)



## Das Europa der Bürger – wo liegt es ?

**Vor einem Jahr ist der Konvent der Europäischen Union damit beauftragt worden, Europa neu zu verfassen. Transparenz und Bürgernähe sind noch immer die erklärten Ziele dessen, was bald im Verfassungsvertrag verwirklicht werden soll. Aber wie nahe ist Europa den Bürgern wirklich? Ist das viel zitierte „Europa der Bürger“ noch ein hehrer Anspruch, oder ist es schon Realität? Wie wirkt sich Europa auf die Kommunen aus? Diese Fragen sind in einer Zeit, in der die Europa-debatte wesentlich von der Irakfrage beherrscht wird, fast schon wieder in Vergessenheit geraten.**

Im Rahmen der baden-württembergischen Europawoche wurde das Thema mit Vertretern der deutschen und französischen Kommunalpolitik am Abend des 8. Mai diskutiert. Wie sich Europa beispielsweise auf die Kommunen in Deutschland und Frankreich auswirkt, ist pauschal gar nicht zu beantworten. Eine kleine Kommune wie das elsässische Obernai, so ihr stellvertretender Bürgermeister Bernard Thiébaud, bleibt vom Großteil europäischer Gesetzgebung so gut wie unberührt. Zudem seien Kommunalthemen für die Bürger von Obernai schlichtweg wichtiger im Alltag als das, was in Brüssel geschehe. Anders sieht es hingegen in der baden-württembergischen Landeshauptstadt aus. Eine Stadt wie Stuttgart ist stark auf europäischer Ebene engagiert, so Iris Frank, Themenverantwortliche EU-Konvent im Stuttgarter Rathaus. Gleichwohl könne von einer gebündelten Interessenvertretung der deutschen Kommunen in Brüssel noch kaum die Rede sein. Das wiederum hängt wesentlich mit



*Über das „Europa der Bürger“ diskutierten Obernais stellvertretender Bürgermeister Bernard Thiébaud, Iris Frank, Themenverantwortliche für den EU-Konvent im Stuttgarter Rathaus, Dr. Wolfram Vogel vom dfi und der Journalist Uwe Roth, der lange in Brüssel gearbeitet hat.*

dem institutionellen Ungetüm des Ausschusses der Regionen zusammen, in dem quantitativ mehr Kommunal- als Regionalvertreter sitzen, weil einige EU-Staaten die Region als substaatliche Einheit nicht kennen. Die Regionalvertreter aber sind sehr einflussreich, sofern sie sich aus Regionen mit Gesetzgebungskompetenz rekrutieren, wie beispielsweise die deutschen Länder oder die spanischen Autonomen Gemeinschaften.

„Im EU-Konvent wartet niemand auf die Kommunen“, ließ unlängst ein Brüsseler Diplomat verlauten. Mut macht das nicht. Andererseits: Wer kennt den Europäischen Bürgerbeauftragten? Er hat seit 1995 über zehntausend Beschwerden von EU-Bürgern bearbeitet, die sich über bürokratische Hindernisse im europäischen Verwaltungsablauf beschwert haben (siehe [www.euro-ombudsman.eu.int](http://www.euro-ombudsman.eu.int)). Uwe Roth, der als freier Journalist lange in Brüssel gearbeitet hat, erklärt das Gefühl der Europaferne bei den Bürgern wie folgt: Es sei völlig normal, dass infolge der Umsetzung

einer EU-Richtlinie durch den Bundestag diese gar nicht mehr als europäische Gesetzgebung identifiziert werden könne. Aber zeigt das nicht gerade, wie wechselseitig nationale und europäische Ebene schon durchdrungen sind? Ein scheinbar dilemmatischer Zustand: Ist Europa greifbar, dient es leicht als Sündenbock, beeinflusst es unbemerkt aber nachhaltig Entscheidungsprozesse und Politikinhalt, wird die Ohnmacht des Nationalstaats beklagt. Europa sucht also noch sein passendes Marketing. Dass gerade im Alltag noch wirklicher Handlungsbedarf besteht, ist Konsens. Erinnern sollte man sich jedoch gelegentlich, wie viel in den letzten fünfzig Jahren europäischer Integration schon erreicht worden ist. Auch hierin besteht eine Aufgabe für die Kommunen: informieren, interessieren, vermitteln, weiterbilden. Europaoffene Kommunen sind der erste Schritt, dem Europa der Bürger ein Gesicht zu geben.

Wolfram Vogel ([vogel@dfi.de](mailto:vogel@dfi.de))

**dfi schult Diplomaten**

## Deutsch-französische Tandemausbildung in Berlin

**Die feierliche Erklärung zum 40. Jahrestag des Elyséevertrags vom 22. Januar 2003 trägt erste Früchte. Anfang des Jahres wurde eine engere deutsch-französische Kooperation bei der Beamtenausbildung beschlossen, Anfang April fand die erste Tandemschulung für junge Diplomaten in Berlin statt.**

Auf Initiative des Auswärtigen Amtes und des französischen Außenministeriums hat die Sprachabteilung des Auswärtigen Amtes für 5 deutsche und 5 französische Nachwuchsdiplomaten ein einwöchiges Intensivprogramm auf-

gestellt. Sprach- und Kulturunterricht auf sehr hohem Niveau, ein kulturelles Begleitprogramm und viele Gespräche mit hochrangigen Vertretern der Bundesregierung gehörten zu den arbeitsreichen Tagen an der Spree. Zum Einstieg in diese neue Form von Schulung war das dfi gebeten worden, einen Tag zum Thema der „Interkulturellen Kommunikation“ zu gestalten. Frank Baasner und Isabelle Villegas erläuterten den hochmotivierten, im Umgang mit der anderen Kultur sehr erfahrenen Diplomaten die Funktionsweisen der deutschen und französischen Gesellschaft, soziale Verhaltensstandards und tendenzielle Differen-

zen in den Arbeitsabläufen (Entscheidungsfindung, Hierarchie, Führungsstile, Gesprächsverläufe usw.). Zusätzlich wurde am 8. April eine mehr als 30köpfige Besuchsgruppe französischer Diplomaten in die Grundzüge der deutschen Gesellschaft und Kultur eingeführt.

Diese Form der interkulturellen Schulung soll fortgesetzt werden. In diesem Zusammenhang wird auch ein neues Projekt des dfi stehen, das von der Robert Bosch Stiftung gefördert wird und im Herbst 2003 startet.

Frank Baasner ([baasner@dfi.de](mailto:baasner@dfi.de))

Impressum

© 2003

Deutsch-Französisches Institut

Asperger Straße 34

D-71634 Ludwigsburg

Tel +49 (0)7141 93 03 0

Fax +49 (0)7141 93 03 50

[www.dfi.de](http://www.dfi.de)eMail [info@dfi.de](mailto:info@dfi.de)

Redaktion: Deutsch-Französisches

Institut in Zusammenarbeit mit

Daniel Ohl, Esslingen

Gestaltung: Patricia Müller, Berlin

## French Politics

## Neue Zeitschrift auf dem Forschungsmarkt

Der Verlag Palgrave Macmillan ist bisher durch einige hochkarätige sozialwissenschaftliche Journals hervorgetreten, wie u.a. Contemporary Political Theory oder den Comparative Economic Studies. Mit French Politics hat er eine viel versprechende Zeitschrift seinem Verlagsprogramm hinzugefügt.

Die Herausgeber Andrew Appleton und Robert Elgie sahen das Motiv für die Gründung einer neuen Zeitschrift, die sich ausschließlich Frankreich widmet, im immer stärker werdenden Einfluss dreier Entwicklungen – Modernisierung, Europäisierung, Globalisierung –, welche die Autonomie staatlichen Handelns sowie etablierte Muster politischen Verhaltens in Frankreich nachhaltig verändern, in der Forschung ihres Erachtens bislang aber unterbelichtet blieben. Im Mittelpunkt der dreimal im Jahr erscheinenden Zeitschrift stehen die Rolle der politischen Institutionen, einzelne Politikfelder, öffentliches Recht und Verwaltung sowie die internationalen Beziehungen im Blick auf Frankreich. French Politics sucht insbesondere jene Forscher anzusprechen, die den französischen Fall in eine breitere komparative Analyse einbetten. Innovativ ist eine Sektion, die unter dem Titel „Data, measures and methods“ regelmäßig aggregierte Daten zu den unterschiedlichsten Themen zur Verfügung stellt und diskutiert. Kurzum: Das Journal ist ein Gewinn für jeden Sozialwissenschaftler, der sich mit Frankreich beschäftigt.

Wolfram Vogel ([vogel@dfi.de](mailto:vogel@dfi.de))



*Neu auf dem Markt: Die Zeitschrift „French Politics“. Weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten direkt über die [Homepage des Verlages](http://Homepage des Verlages).*

## Literaturdienst Frankreich auf CD-ROM

Beide Reihen des „Literaturdienstes Frankreich“ bietet die Frankreich-Bibliothek des dfi jetzt auf CD-ROM mit komfortablen Suchfunktionen an. Zu beziehen ist der „Literaturdienst Frankreich“ im Abonnement oder auch als Einzelausgabe. Bestellmöglichkeit per E-Mail siehe unten.

**Aktuelle bibliographische Informationen sind unentbehrlich für jede Form wissenschaftlicher Arbeit, aber auch für alle, die sich zeitnah über aktuelle Entwicklungen informieren wollen. Die Frankreich-Bibliothek bietet aus diesem Grund seit 1990 den „Literaturdienst Frankreich“ an. Diese Publikationsreihe informiert laufend über Neuerscheinungen zu den französischen Außenbeziehungen, den deutsch-französischen Beziehungen und zu Fragen der französischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Nachgewiesen sind darin Bücher, monographische Darstellungen, Zeitschriftenaufsätze, Buchaufsätze, Reports, Amtsdrukschriften und „graue Literatur“. Der überwiegende Teil dieser Publikationen ist im Bestand der Frankreich-Bibliothek vorhanden.**

Der „Literaturdienst Frankreich“ erscheint regelmäßig in zwei Reihen. Reihe A weist Neuerscheinungen zur französischen Außenpolitik und den deutsch-französischen Beziehungen nach. Sie erscheint jeweils im Januar. Der Schwerpunkt liegt dabei auf folgenden Themenfeldern: politische Beziehungen, Wirtschaftsbeziehungen, Kulturbeziehungen sowie Beziehungen unterhalb der Regierungsebene. Dagegen stehen Neuerscheinungen im Bereich der sozialwissenschaftlichen Literatur über Frankreich im Mittelpunkt der Reihe B des „Literaturdienstes Frankreich“. Behandelt werden hier schwerpunktmäßig Veröffentlichungen zu den Themengebieten Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur. Jährlicher Erscheinungstermin dieser Reihe ist der Monat Oktober. In unregelmäßigen Abständen stellt die Frankreich-Bibliothek zudem auch Informationen über Neuerscheinungen zu bestimmten, enger umgrenzten Themen zusammen.

Die gerade erschienene Ausgabe für 2003 von Reihe A des „Literaturdienstes Frankreich“ markiert eine bedeutsame Veränderung: Der Dienst wird nicht mehr, wie bisher, in gedruckter Form angeboten, sondern auf einer CD-ROM. Diese enthält den gesamten Text des Literaturdienstes in verschiedenen gängigen Dateiformaten (Word, Rich Text Format, PDF). Außerdem wurde eine besonders komfortable über herkömmliche Internet-Browser (wie z.B. den „Microsoft Internet Explorer“) zu bedienende Fassung des Literaturdienstes im HTML-Format entwickelt. Damit ist ein schneller und effizienter Zugriff auf die im „Literaturdienst Frankreich“ enthaltenen bibliographischen Informationen möglich. Außerdem erleichtert das Vorliegen einer elektronischen Fassung des Dienstes auch die Erstellung spezieller Literaturlisten für eigene Zwecke (z.B. Bestellung von Büchern). Selbstverständlich finden sich auf der CD-ROM ausführliche Bedienungshinweise.

Zu beziehen ist der „Literaturdienst Frankreich“ – entweder über Abonnement oder als Einzelausgabe – direkt bei der Frankreich-Bibliothek. Die Preise (einschließlich Porto):

- Reihe A: 11,50 € (9 € für Institutsmitglieder)
- Reihe B: 12,50 € (10 € für Institutsmitglieder).

Die Preise für themenbezogene Sonderausgaben des Literaturdienstes richten sich nach deren Umfang. Bei Fragen oder Bestellwünschen wenden Sie sich bitte an folgende Adresse:

Deutsch-Französisches Institut  
Frankreich-Bibliothek  
Asperger Str. 30  
71634 Ludwigsburg  
Tel.: (07141) 93 03 – 34  
Fax: (07141) 93 03 – 55  
E-Mail: [frankreich-bibliothek@dfi.de](mailto:frankreich-bibliothek@dfi.de)